

Ziel der Euro – Rettungspolitik

Entmachtung nationaler Parlamente – Ende der Demokratie

Die weltweite Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise – währt nun schon seit etwa 4 Jahren, Ende nicht in Sicht. Die hektischen und verwirrenden Maßnahmen der vom profitierten Finanzmarkt und von Großkonzernen gesteuerten Politiker hatten und haben nur ein Ziel: Rettung und Sicherung des herrschenden Finanzsystems zur Aufrechterhaltung ihrer milliarden schweren Gewinne. Dabei spielt das mächtige Energie-, Chemie- und Pharmakartell eine tragende Rolle. Warum? Der weltweite Durchbruch wissenschaftsbasierter Naturheilverfahren sowie eine breite Umsetzung erneuerbarer Energien gefährden massiv die gigantischen Gewinne dieser Konzerne. Diese basieren bei der Energieversorgung auf überholten oder sicherheitstechnisch hochgefährlichen und umweltzerstörenden Technologien. Im Gesundheitswesen wird ein seit Jahrzehnten auf Patenten und mit schweren Nebenwirkungen von Arzneimitteln beruhendes Milliarden-geschäft mit den Volkskrankheiten betrieben, was darüber hinaus noch neue Krankheiten hervorruft. Zunehmend erkennen die Menschen nun weltweit, dass das Ziel dieser Wirtschaftsmächte nur schneller und höchster Profit ist. Unter diesem Aspekt zerstören sie Kreativität, verhindern Fortschritt und sind so für Umweltzerstörung, Jobvernichtung, Krankheiten und soziale Verelendung verantwortlich. Um den Zusammenbruch dieses Billionen-Geschäfts infolge der Erkenntnis der Menschen möglichst noch aufzuschieben, gibt es für sie nur noch einen Weg, die demokratischen Verhältnisse zu beseitigen.

Um das angeschlagene Bankensystem sowie ein die Welt beherrschendes Öl-, Chemie und Pharmakartell zu retten, haben Notenbanken die Gelddruckmaschine wiederholt zum Kauf riesiger Mengen an Staatsanleihen, fauler Kredite und wertlosem Kapital angeworfen. Die von diesen Kreisen inszenierte Sparpolitik hat systematisch zu einer steten Verschärfung der Krise geführt. Die Folgen sind: Rückgang der allgemeinen Wirtschaftskraft, Arbeitslosigkeit, Verarmung immer breiterer Schichten und zunehmende Verschuldung. Die Statistikbehörde „Eurostat“ schätzt, dass im März 2012 in den 27 EU-Ländern insgesamt 24 772 Millionen Menschen arbeitslos waren.

Wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen werden in der EU durch nichtgewählte Kommissare im Verbund mit den Regierungschefs getroffen. Dem EU-Parlament fehlen die grundlegendsten demokratischen Rechte – das Auf-den-Weg-bringen von Gesetzesinitiativen oder -änderungen. Es ist ein schein-demokratisches Parlament, welches den Entscheidungen der EU-Kommission zuzustimmen hat. Die ernannten 27 Kommissare eines „Zentralen Kartell-Büros“ beherrschen bereits mit einem gigantischen Apparat von 54 000 ebenfalls nicht gewählter Bürokraten die „Brüsseler EU“ (Abb.1). Jetzt geht es nur noch darum, die nationalen Parlamente zu entmachten. Genau zu diesem Zweck wurde

die „Brüsseler EU“-Konstruktion geschaffen. Die Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise bietet den willkommenen Anlass, die EU zu einer Fiskalunion weiter zu entwickeln. Was bedeutet das? Anfang März dieses Jahres wurde von 25 Staats- und Regierungschefs ein sogenannter Fiskalpakt mit dem Kern des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen, der das Haushaltsrecht der Nationalstaaten untergräbt. Nach Ratifizierung durch die Parlamente Ende Mai ist dieses antidemokratische Konstrukt unumkehrbar. Zustimmende Abgeordnete haben sich nicht nur selbst entmachtet, sondern auch die Demokratie verraten. Der Status quo rückt der uneingeschränkten Finanz-, Energie-, Chemie- und Pharmadiktatur einen entscheidenden Schritt näher.



Abb. 1: Das „Brüsseler EU“-Konstrukt ist keine Demokratie, sondern eine Diktatur von Finanz- und Wirtschafts-Interessen.

„Super-Rettungsschirme“, „Liquiditätsspritzen“ und Fiskalpakt

Wer weiß da schon so genau Bescheid? Hauptsache, die nationalen Abgeordneten stimmen noch einmal zu. Mit dem EFSF wurde der erste Rettungsfonds mit 440 Mrd. Euro auf die Reise geschickt. Er soll durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM – 500 Mrd. Euro) ergänzt bzw. abgelöst werden. Summa summarum stehen zunächst 940 Mrd. Euro zur Verfügung. Durch die Kombination beider Rettungsschirme haftet Deutschland mit 211 Mrd. Euro für EFSF und 190 Mrd. Euro für ESM, also gut mit 400 Mrd. Euro. Der Bundeshaushalt Deutschlands für 2012 sieht da mit 306 Mrd. Euro eher bescheiden aus (Abb. 2). Leider gibt es da noch einen Trick. Nach Artikel 8, Absatz 5 des ESM-Vertrages ist die Haftung der Mitglieder auf den Anteil des genehmigten Stammkapitals zum Ausgabekurs beschränkt. Das nominal genehmigte Stammkapital des ESM beträgt 700 Mrd. Euro. Ein allmächtiger, natürlich ebenfalls nicht gewählter Gouverneursrat, kann jederzeit beschließen, Anteile zu einem höheren Ausgabepreis auszugeben. So ist sogar eine unbegrenzte Hebelung des Volumens der weiteren ESM-Tranchen möglich. Auch die Haftung ist dann praktisch grenzenlos, denn sie hängt am Ausgabepreis der Anteile. So lässt sich dauerhaft das Risiko von Staatspleiten und Schuldenschnitten auf alle Steuerzahler/innen abwälzen. Und wo haften die Verursacher, die Banken und Konzerne?

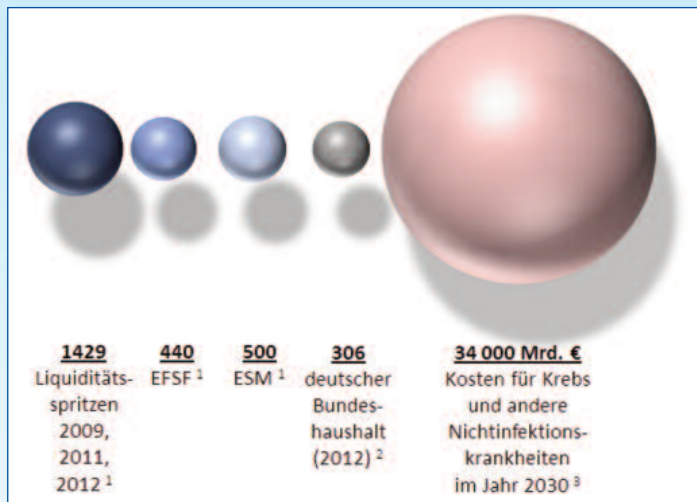


Abb. 2: Volumina der Euro-Rettungsbemühungen – Liquiditätsspritzen, EFSF, ESM – im Vergleich zum deutschen Bundeshaushalt (2012). Doch selbst diese Milliarden-Summen relativieren sich gegenüber den Auswüchsen des menschenverachtenden Betrugsgeschäfts mit der Krankheit: Wird dieses nicht beendet, werden die Kosten für Krebs und andere Nichtinfektionskrankheiten im Jahr 2030 mit unfassbaren 34 Billionen Euro prognostiziert! Dies entspräche dem dreifachen Bruttosozialprodukt aller EU-Mitgliedsländer aus dem Jahre 2010. Quellen: 1) Pressemitteilungen, 2) BM für Finanzen, 3) World Economic Forum 2011.

Zur Rettung der systemrelevanten Banken hat die Europäische Zentralbank (EZB) über diesen „Billionen Schutzwall“ hinaus, mehrere Male den Markt mit „Liquiditätsspritzen“ überflutet, seit 2009 insgesamt mit fast 1,5 Billionen Euro (Abb. 2). Und mit einer Zinsdifferenz von etwa 5% beim Kauf von Staatsanleihen mit geliehenem Geld zu einem Prozent lässt sich auch ein glänzendes Geschäft machen. Das Dilemma ist, dass der Schuldenberg und damit die Krise immer massiver werden. Der verordnete Sparzwang drosselt darüber hinaus Konsumtion und Investition. Weniger Steuereinnahmen, steigende Arbeitslosigkeit und zunehmende Verarmung sind die Folge. Im Finanz- und Wirtschaftssystem bricht Panik aus. Leute aus der Finanzbranche werden an die Spitze von Regierungen gebracht. Rettungspakete werden wie Schneeballsysteme konstruiert. Politiker sind zu Handlangern der Finanzoligarchie und zu Vertretern transnationaler Konzerne geworden. Die Medien haben die Aufgabe alles zu verklären und wissenschaftliche Mietmäuler geben sich als sogenannte Experten aus. Dieses System kämpft sichtbar um das Überleben. Wo sehen diese profitbesessenen Machtkreise den Ausweg? Mit dem ESM-Vertrag und dem Fiskalpakt verlieren die Euro-Länder das höchste Parlamentsrecht – ihre Haushaltssouveränität. Die nationalen Volksvertretungen werden entmachtet, die nationalen Verfassungen untergraben. Die Nationalstaaten haben sich dem „Brüsseler Diktat“ zu unterwerfen. Ein *nicht gewähltes und geheimes* Gremium – der Gouverneursrat – soll zukünftig über die Finanzen der Euro-Länder bestimmen. Er unterliegt keiner juristischen Kontrolle. Die Mitglieder genießen Immunität. Gegen diesen Gouverneursrat kann nicht geklagt werden. Er selbst besitzt allerdings alle juristischen Handlungsvollmachten gegenüber den Bürgern und den Regierungen.

Verknüpfung Fiskalpakt mit Wachstumspakt – der Deal zur Ratifizierung?

Da eine Zweidrittelmehrheit im Parlament für die Zustimmung zu ESM-Schirm und Fiskalpakt erforderlich ist, müssen gewisse Zugeständnisse ausgehandelt werden. Plötzlich ist

ein ergänzender Wachstumspakt in aller Munde. Grundsätzlich richtig, aber warum erst jetzt und im offensichtlichen Kuhhandel gegen die Zustimmung des Parlaments? Der Coup, die Grundregeln der Demokratie zu beseitigen, ist mit der Ratifizierung des Euro-Rettungsschirms und des Fiskalpakts gelungen. Der Bundestag ist praktisch entmachtet und das unwiderruflich. Egal also welche Abgeordneten zukünftig gewählt werden sollten, die parlamentarische Kontrolle über die Regierung und die Rechtshoheit über den Bundeshaushalt sind entzogen.

Die Unterwerfung der europäischen Nationalstaaten unter eine diktatorische Herrschaft der „Brüsseler EU“ muss verhindert werden.

Die gegenwärtige Euro-Finanz- und Wirtschaftskrise wird als ein erneuter Versuch benutzt, die Länder Europas ihrer demokratischen Rechte zu berauben mit dem Ziel, ein totalitäres Finanz- und Wirtschaftsregime transnationaler Konzerne zu errichten, vornehmlich in deutscher und französischer Hand. Als Mittel zur Erreichung dieses Ziels ist der Fiskalpakt auserkoren. Zentrales Denk- und Umsetzungsorgan ist die nichtlegitimierte EU-Kommission. Fortschrittliche Technologien und wissenschaftliche Durchbrüche, die allen Menschen dienen und nicht einer maßlosen Profit- und Machterweiterung, werden mit allen Mitteln bekämpft. Deshalb hat das Pharmakartell auch eine panische Angst davor, dass die Menschen die großartigen gesundheitlichen Wirkungen wissenschaftsbasierter Naturheilverfahren erkennen und damit auch das weltweite Betrugsgeschäft mit der Krankheit beenden werden. Mit allen (incl. rechtlichen Mitteln) wehren sich auch Energiekonzerne gegen einen Umbau zu alternativen Energieformen. Die Lösung der Umweltprobleme reiht sich ebenfalls hier ein. Doch die Erkenntnis und der Widerstand der Menschen gegen die Versuche einer reaktionären, profitbesessenen Wirtschaftsquise, den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt aufzuhalten, werden größer. Ein Umdenken vollzieht sich. Das macht die Abwahl der Regierungen in Frankreich und Griechenland sehr deutlich. Der Sieg von François Hollande wird sicherlich diesen Trend in Europa weiter beflügeln oder nur eine andere Taktik? Es ist zu hoffen, dass immer mehr Menschen die diktatorischen Absichten der Finanz-, Energie- und Pharmamafia entlarven. In Deutschland wird die Forderung nach einem bundesweiten Volksentscheid lauter. Noch besteht eine Chance, die geplanten Vorhaben zur Errichtung eines totalitären Europa zu verhindern.

Weitere Informationen erhalten Sie auf den Internetseiten:

www.nazi-roots-of-brussels-eu.org

www.movement-of-life.org

www.vitamine-sind-leben.de

Helfen Sie mit, wissenschaftsbasierte Naturheilverfahren im Gesundheitswesen zum Durchbruch zu bringen:

- Nutzen Sie die Zugangsmöglichkeiten zu den wissenschaftlichen Veröffentlichungen im Studien-Archiv auf der Homepage der Dr. Rath Health Foundation: www.dr-rath-foundation.org
- Lesen Sie das Buch „Krebs – Das Ende einer Volkskrankheit“ online auf: www.victory-over-cancer.org oder bestellen Sie es telefonisch unter +31 (0) 457-111-222.
- Informationen erhalten Sie auf www.deutschland-krebsfrei.de